



MAGRAL's Markets

Märkte – Meinungen – Konditionen

Wichtige Daten 02.03.18

EURIBOR

1 Monat:	- 0,370 %
3 Monate:	- 0,327 %
6 Monate:	- 0,271 %

Bund Future	160,08
Umlaufrendite	0,42 %
Euro	1,2320 US \$

Geldanlagen

Festgeld-Anlagen

4 Monate:	-0,27 % - -0,25 %
5 Monate:	-0,22 % - -0,20 %
6 Monate:	-0,22 % - -0,20 %

Anlagen

1 Jahr:	0,05 %
3 Jahre:	0,15 %
4 Jahre:	0,52 %
5 Jahre:	0,91 %

Kassenkredite

6 Monate:	- 0,08 %
12 Monate:	0,00 %
24 Monate:	0,15 %

KommunalDarlehen*

1 Jahr:	0,13 %
3 Jahre:	0,23 %
5 Jahre:	0,59 %
7 Jahre:	0,89 %
10 Jahre:	1,21 %
15 Jahre:	1,68 %
20 Jahre:	1,82 %
ges. Lz. 30 Jahre:	1,90 %

* (Basis 100 % Ausz., 1/4-jährl. nachtr., Tilgg. 2 % p. a. zzgl. ersparter Zinsen, alle gängigen Alternativen darstellbar; förderfähige Darlehen noch billiger)

☛ Der renommierte frühere Chefvolkswirt der HVB, Dr. Martin Hüfner, publizierte dieser Tage eine lesenswerte Studie, deren Ergebnis die künftige Zinsentwicklung erahnen lässt. Die meisten großen Volkswirtschaften fahren in der Finanzpolitik einen sehr heißen Reifen. Die Politik will aus dem Vollen schöpfen, Wahlversprechen umsetzen. Beispiele: BRD: Bei bester Konjunktur sieht die Koalitionsvereinbarung Ausgaben über € 45 Mrd. vor. Italien: Alle Parteien versprechen Steuererleichterungen und höhere, soziale Sicherung. Frankreich: Drängt auf Ausweitung der EU-Gemeinschaftsausgaben. EU-Kommissar Oettinger spricht von bis zu € 8 Mrd. jährlich. USA: Steuersenkung um rd. US-\$ 125 Mrd. sowie Ausgabenerhöhung um US-\$ 150 Mrd. plus Infrastrukturprogramm über insgesamt US-\$ 1.500 (!) Mrd. Japan betreibt seit den 90er Jahren „Deficit Spending“ und weist bereits eine Staatsschuld von 240 % des BIP auf. - Steuersenkungen und Staatsausgaben sind in depressiven Wirtschaftsphasen sinnvolle Vorgehensweisen, aber diese in einer Zeit hohen Wachstums, ausgelasteter Kapazitäten und äußerst niedriger Arbeitslosigkeit einzusetzen, ist finanzpolitisch unverantwortlich, volkswirtschaftlich grundlegend falsch. Erstens steigt das Inflationsrisiko: Die Wirkungsweise von Angebot und Nachfrage lässt sich nicht auf Dauer außer Kraft setzen. Die Preise werden steigen, wenn die Nachfrage das Angebot längerfristig übersteigt. Zweitens steigen dann die Zinsen; zunächst die langfristigen, die Zinskurve wird steiler. Dann reagiert die Notenbank am kurzen Ende, um die Inflation zu begrenzen. Diese Maßnahme wird heikel, denn rasch könnte es zu heftigen Reaktionen der Finanzmärkte kommen. Drittens werden die scheinbar unabhängigen Notenbanken dann von den Finanzpolitikern abhängig und müssen sich deren Prioritäten anpassen. Viertens verschlechtert die unseriöse Schuldenpolitik die Bonität der Staaten. Defizite und Staatsverschuldung werden zunehmen. Die Staaten werden ein schlechteres Rating erhalten, dies wiederum zwingt die Staaten, den Zinssatz für Staatsanleihen zu erhöhen. All dies fördert nicht gerade das Vertrauen der Marktteilnehmer, so dass aus dieser Gemengelage rasch ein sich selbst verstärkender Kreislauf wird. Unseriöse Finanzpolitik wird in steigender Inflation und steigendem Zins münden. ☛